

Zentralasien: Brücken bauen und Chancen bieten

Sozialdemokratische Ansätze für eine zukunftsorientierte Zentralasienpolitik

Die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan nehmen eine Schlüsselstellung in Eurasien ein. Mit einer Bevölkerung von mehr als 80 Millionen und mit einer Landmasse von mehr als vier Millionen Quadratkilometern bildet die Region nicht nur einen Schwerpunkt für Handel und Austausch zwischen Ost und West, sondern nimmt auch eine exponierte Position ein, um sich regionalen und globalen Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit, Klimawandel, Konnektivität und des Umbaus hin zu einer ökologisch und sozial verträglichen Wirtschaftsweise zu stellen. Wir begrüßen das verstärkte Engagement der Länder dieser Region, sich mit diesen Herausforderungen auseinanderzusetzen und sind bestrebt, die zentralasiatischen Staaten über einen Austausch auf Augenhöhe mit allen Kräften zu unterstützen.

Deutschland übernimmt in Europa eine führende Rolle in der Zusammenarbeit mit Zentralasien. Dies hat auch das erste Treffen der zentralasiatischen Staatschefs mit Bundeskanzler Olaf Scholz Ende September 2023 in Berlin eindrucksvoll gezeigt. Als Sozialdemokrat:innen begrüßen wir ausdrücklich die bei diesem Treffen begründete strategische Partnerschaft zwischen Deutschland und der Region. Diese erste strategische Partnerschaft Deutschlands mit einer Region überhaupt wird die Beziehungen und die Zusammenarbeit vertiefen in den Bereichen Wirtschaft, Energie und natürliche Ressourcen, regionale Zusammenarbeit und Resilienz, Klima und Umwelt sowie direkte Kontakte zwischen den Bürgerinnen und Bürgern. Sie bildet damit einen Meilenstein in unserem Verhältnis zu dieser Region. Deutschland unterbreitet hier wichtige, weitreichende Kooperationsangebote in einer geopolitischen Phase, in der die zentralasiatischen Staaten mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine ihre internationalen Beziehungen diversifizieren wollen. Bereits kurz zuvor, im Juli 2023, reiste Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier zu offiziellen Besuchen nach Kasachstan und Kirgisistan. Das verstärkte Engagement Deutschlands in der Region wird auch durch die zahlreichen Treffen von Wirtschaftsvertreter:innen beider Seiten sowie mit Vertreter:innen der Zivilgesellschaft vor Ort unterstrichen. Ziel dieses Engagements ist es, wie auch in der Gipfelvereinbarung vom September 2023 vereinbart, die Kooperation in den Bereichen Wirtschaft, Energie und natürliche Ressourcen, Klima und Umwelt, der regionalen Zusammenarbeit und der Resilienz zu stärken und den gesellschaftlichen Austausch zu intensivieren.

Deutschland war bereits federführend an der Erstellung der ersten Zentralasienstrategie der EU im Jahr 2007 und maßgeblich an der Verabschiedung der neuen Zentralasienstrategie im Jahr 2019 beteiligt. Nun gilt es, mit unseren Partnern in der EU das Gespräch über eine Aktualisierung der Zentralasienstrategie zu führen, die den neuen geopolitischen Verhältnissen Rechnung trägt. Wir unterstützen ausdrücklich das Engagement der EU in Zentralasien und die Förderung der Partnerschaft für politische Stabilität, Wohlstand und bessere Zusammenarbeit. Im Rahmen der Global-Gateway-Strategie der EU setzen wir

uns für die Förderung des interregionalen Dialogs, für eine Stärkung der wirtschaftlichen Beziehungen und nicht zuletzt auch für die Zusammenarbeit im Rahmen des European Green Deal, den Deutschland mit seiner Initiative „Green Central Asia“ und anderen Maßnahmen flankiert, ein.

Der völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg auf die Ukraine hat auch spürbare Auswirkungen auf die Länder Zentralasiens. Wirtschaftlich aufs Engste verflochten und mit einem großen Anteil der eigenen Bevölkerung als Arbeitsmigrant:innen in Russland, sind die Staaten der Region unmittelbar von den durch den Krieg verursachten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verwerfungen betroffen. Deutschland muss sich diesen neuen Realitäten in der Region stellen und die Regierungen und die Menschen vor Ort dabei unterstützen, wirtschaftlich und mit Blick auf die eigene staatliche Souveränität resilienter zu werden. Versuche der russischen Führung, das zentralasiatische Bestreben nach Eigenständigkeit zu untergraben, treten wir entschieden entgegen. Wir unterstützen alle Bemühungen der fünf zentralasiatischen Staaten, regional stärker miteinander zu kooperieren. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir die regelmäßigen Treffen der Staats- und Regierungschefs und die neuen Ansätze, den Herausforderungen in der Region bi- und multilateral auf friedliche Weise zu begegnen.

Es ist unsere Aufgabe und die unserer Partner in der EU, darauf zu achten, dass Sanktionen, die darauf abzielen, die russische Kriegsmaschinerie von der Versorgung mit westlichen Gütern abzuschneiden, nicht unterlaufen werden. Vor diesem Hintergrund und im Wissen um die umfassenden Handelsbeziehungen zwischen den fünf zentralasiatischen Staaten und Russland sowie die Mitgliedschaft von Kasachstan und Kirgisistan in der Eurasischen Wirtschaftsunion, begrüßen wir die Bereitschaft der Regierungen, den Dialog mit uns und mit der EU über das Sanktionsregime weiterzuführen.

Regionale Kooperation: Bi- und multilaterale Zusammenarbeit in der Region stärken

Als Sozialdemokrat:innen sind wir überzeugt, dass gutnachbarschaftliche Beziehungen Voraussetzung für die Erarbeitung friedlicher Lösungsstrategien sind und nur über den Weg multilateraler Anstrengung die Einbindung aller relevanten Akteure gelingen kann. Das fünfte Treffen der Staatsoberhäupter der zentralasiatischen Staaten Mitte September 2023 in der tadschikischen Hauptstadt Duschanbe markiert einen weiteren Schritt hin zu einer stärkeren regionalen Eigenständigkeit Zentralasiens. Die während des Treffens vereinbarte vertiefte Zusammenarbeit in den Feldern Transport, Jugend, Gesundheit und die Einsetzung eines Rats für Nationale Koordinatoren zielt darauf ab, die vielen Herausforderungen in der Region gemeinsam zu bearbeiten und mehr Wert auf Dialog und Kooperation zu legen. Wir begrüßen daher die Ergebnisse des Duschanbe Summits und hoffen auf weitere Impulse für die regionale Integration während des geplanten sechsten Treffens der Staatsoberhäupter in Kasachstan im Laufe dieses Jahres.

Angesichts der vielen regionalen und globalen Herausforderungen, mit denen sich Zentralasien konfrontiert sieht, ist eine stärkere Integration dringend geboten. Die fünf Staatsoberhäupter selbst haben im Rahmen ihrer vergangenen Summits wiederholt ihre Forderungen nach einem Ausbau des intraregionalen Handels, nach einer verstärkten gemeinsamen Nutzung des Transitpotenzials der Region, und auch dem gemeinsamen Kampf gegen die Folgen des Klimawandels, sowie eine abgestimmte Politik gegenüber den Taliban in Afghanistan zum Ausdruck gebracht. Das Ziel sollte sein, über sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt sowie stärkere politische Teilhabe der Bevölkerung die Resilienz von Politik und Gesellschaft zu erhöhen. Dass in diesen Bereichen Fortschritte von großer Bedeutung sind, haben Unruhen und Zusammenstöße in den zurückliegenden Jahren in Kasachstan, im Westen Usbekistans, im Osten Tadschikistans sowie bereits zuvor die militärisch ausgetragenen Grenzkonflikte zwischen Tadschikistan und Kirgisistan und der Regierungsumsturz in Kirgisistan im Oktober 2020 gezeigt.

Als Sozialdemokrat:innen setzen wir uns dafür ein, die Zivilgesellschaft in ihrer Diversität und ihrem Einsatz für die Demokratie und gegen Radikalisierungstendenzen vor Ort zu stärken. Hierfür bauen wir Gesprächskanäle zu zivilgesellschaftlichen Akteuren auf und diversifizieren unsere Gesprächspartner:innen durch den Austausch mit Stiftungen, Gewerkschaften, religiösen Akteuren, Repräsentant:innen von Minderheiten und im Rahmen der internationalen Wissenschafts-, Außen-, Kultur- und Bildungspolitik.

Besonderes Augenmerk legen wir hierbei auf die postsowjetische Generation und nachfolgende jüngere Generationen. Gleichzeitig begrüßen wir den Austausch durch touristische Aktivitäten.

Vor dem Hintergrund einer schnell wachsenden und sehr jungen Bevölkerung mit einem Durchschnittsalter von nur 28 Jahren, geringer wirtschaftlicher Diversifizierung und des weiter voranschreitenden Klimawandels mit bereits heute spürbarem Mangel an Wasser und landwirtschaftlich nutzbarer Fläche, ist es dringend erforderlich, gemeinsam tragfähige und zukunftsorientierte Lösungsstrategien zu erarbeiten. Die Demarkierung ungeklärter Grenzverläufe in der Region ist von großer Bedeutung für regionale Stabilität wie auch für den Handel und den persönlichen Austausch zwischen den Menschen. Als Sozialdemokrat:innen begrüßen wir deshalb ausdrücklich, dass es Usbekistan und Kirgisistan gelungen ist, den Grenzverlauf zwischen den beiden Staaten im Januar 2023 einvernehmlich und im Wege der Diplomatie abschließend zu regeln. Ferner unterstützen wir die Bemühungen zwischen Kirgisistan und Tadschikistan, im Wege der Verhandlung zu einer Klärung des Grenzverlaufs zu gelangen.

Es ist wichtig, dass die Intensivierung des Handels innerhalb der Region von Maßnahmen begleitet wird, die Zentralasien an globale Wertschöpfungsketten anschließen. Die Global-Gateway-Initiative der EU und ihre im November 2022 eingesetzte Team-Europe-Initiative für Digitale Konnektivität sowie die wiederholten Treffen im Rahmen des EU-Zentralasien Wirtschaftsforums sind wichtige Schritte, die Region in ihrem Bemühen um Zugang zu globalen Märkten zu unterstützen. Nachhaltig und wertschöpfend wird dieser Anschluss jedoch nur dann, wenn er von gut ausgebildeten Fachkräften getragen wird. Daher unterstützen wir den Ansatz des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und seiner Durchführungsorganisationen, einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung einer qualifizierten und mobilen Arbeitnehmer:innenschaft zu setzen, die sich auch im internationalen Kontext zu orientieren weiß.

Die mehrfachen 5+1 Gipfeltreffen, die die Staatsoberhäupter Zentralasiens nicht zuletzt seit dem Beginn des Angriffs Russlands auf die Ukraine absolviert haben, verdeutlichen, dass die Region im Begriff ist, geschlossen nach außen aufzutreten und ihre Interessen entsprechend zu artikulieren. Wir begrüßen diese Entwicklung als Ausdruck des Bestrebens, aufeinander zuzugehen und die Kooperation in der Region zu stärken. Die im Oktober 2023 in Luxemburg während des 19. EU-Zentralasien Ministertreffens angenommene „Joint Roadmap for Deepening Ties between the EU and Central Asia“ stellt eine neue Stufe in der Zusammenarbeit zwischen der EU und Zentralasien dar und leitet konkrete Schritte ein, um gemeinsam die regionalen und globalen Herausforderungen zu bewältigen. Der geplante EU-Zentralasien-Gipfel in 2024 könnte hierfür ein deutliches politisches Zeichen setzen und die Weichen für die Zukunft stellen.

Wirtschaft- und Handel: Beziehungen ausbauen und die Integration unserer Wirtschaftsräume vorantreiben

Als Binnenlandregion zwischen Ost und West steht Zentralasien im Zentrum vielfältiger Versuche, den Handel über den eurasischen Kontinent zu organisieren. Mit der „Belt and Road Initiative“ hat die VR China seit langem mit massiven Investitionen die Infrastruktur in den zentralasiatischen Staaten mit Blick auf eigene Interessen gefördert. Es ist dabei das Kernanliegen Chinas, sowohl die gewaltigen fossilen und anderen Energieressourcen in der Region zu erschließen, als auch Handelsströme so zu strukturieren, dass sie den Zugang Chinas zu neuen Märkten, nicht zuletzt auch in Europa, erleichtern. Einen nicht unerheblichen Teil seiner Energieimporte bezieht China aus Turkmenistan und aus Kasachstan. Darüber hinaus plant es den Aufbau großer Solarkraftwerke in Usbekistan in den kommenden Jahren.

Russland als selbsternannte Schutzmacht Zentralasiens hat Peking lange Zeit die Ausgestaltung von Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in der Region überlassen, auch aufgrund mangelnder Ressourcen zur Ausweitung eigener wirtschaftlicher Maßnahmen. Immer vorhanden war jedoch der ständige Blick Russlands auf einzelne Schlüsselbereiche wie Sicherheit und Energiewirtschaft und den nach wie vor ausgeprägten Handel zwischen Zentralasien und Russland. Die Beziehungen Russlands in die Region sind nicht zuletzt geprägt durch die massive Arbeitsmigration aus Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Der weitaus größte Teil der mehr als vier Millionen Arbeitsmigrant:innen in Russland kommt aus

diesen drei Ländern. Die zentralasiatischen Länder sind stark abhängig von diesen Migrationsströmen, sowohl was die Rücküberweisungen der Migrant:innen angeht, die bis zu einem Drittel der Bruttoinlandsprodukte in Kirgisistan und Tadschikistan ausmachen, als auch mit Blick auf die Abwanderung von Arbeitskräften, für die es in den Ländern selbst kaum berufliche Perspektiven gibt. Der Kreml nutzt diese Abhängigkeiten immer wieder aus, um politischen Druck auf die Regierungen insbesondere in Tadschikistan und Kirgisistan auszuüben.

Deutschland und seine Partner in der EU machen der Region inzwischen verstärkt alternative Angebote zum Bestreben Chinas und Russlands in Zentralasien. Dazu gehören die Global-Gateway-Initiative und die revidierte Zentralasienstrategie der EU. Dem Treffen von Bundeskanzler Olaf Scholz mit den zentralasiatischen Staatschefs Ende September 2023 in Berlin und die Begründung einer strategischen Partnerschaft zwischen Deutschland und der Region kommt hier eine herausragende Bedeutung zu.

Heute teilen Deutschland und die EU mit Zentralasien die Notwendigkeit, ihre wirtschaftlichen Strategien zu diversifizieren und einseitige Handelsabhängigkeiten abzubauen. Die Roadmap präsentiert diesbezüglich eine klare Agenda und sie formuliert mehr als 40 konkrete Aktivitäten, mit denen die sozial-ökologische Modernisierung der Wirtschaft der zentralasiatischen Staaten vorangetrieben werden soll und die Wertschöpfungsketten stärker zum Vorteil beider Seiten vernetzt werden.

Unser Anliegen als Sozialdemokrat:innen ist es, diesen Prozess zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass der werte- und regelbasierte Handel gefördert wird, damit Normen und Arbeitsstandards, wie die ILO-Kernarbeitsnormen, etabliert und eingehalten werden.

Überdies ist es unabdingbar, den Austausch auf fachlicher und akademischer Ebene zu unterstützen, mehr Bildungsk Kooperationen anzustoßen und so den Wissenstransfer mit Blick auf die Probleme und die Lösungen im Prozess der sozial-ökologischen Transformation in Zentralasien und in Europa auszubauen.

Der Ausbau und die Entwicklung von Handelsrouten sind für uns von besonderer Bedeutung, um die Integration unserer Wirtschaftsräume voranzutreiben. Die von der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung im Juni 2023 vorgelegte Studie über nachhaltige Transportverbindungen zwischen Europa und Zentralasien identifiziert den Zentralen Transkaspischen Korridor, der Zentralasien über das Kaspische Meer mit dem Kaukasus und Südosteuropa verbindet, als die vielversprechendste Route, um den Handel und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Zentralasien und anderen Ländern in Asien zu organisieren. Massive Investitionen sind erforderlich, um bestehende infrastrukturelle Hemmnisse abzubauen und um insbesondere die Standards und Verfahren, wie sie ein integriertes Handelsnetz erfordert, zu harmonisieren. Das gilt umso mehr für neue Technologien und ihre Produktionsstätten und Verteilernetze, die wir für die schnellere Umsetzung der sozial-ökologischen Transformation benötigen. Die Grundsteinlegung für eine grüne Wasserstoffproduktion in der kasachischen Hafenstadt Aqtau in Anwesenheit von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier im Juli 2023 zeugt von der Bedeutung, die Deutschland dieser Aufgabe beimisst.

Seit dem Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine im Februar 2022 hat sich die Suche nach alternativen Handelsrouten verschärft. Deutschland hat in beeindruckender Form eine Abnabelung von russischen Energielieferungen vollzogen. Die Versorgung mit Öl aus Kasachstan hebt die gewachsene Relevanz zentralasiatischer Produzenten hervor. Allerdings fließt auch dieses Öl durch das Netz des Kaspischen Pipeline-Konsortiums, das wiederum über russisches Territorium führt und sich zu großen Teilen in den Händen russischer Ölkonzerne befindet. Auch wird der Transkaspische Korridor auf lange Sicht nicht jenes Volumen an Transport bewältigen können, das zuvor über den nördlichen Korridor und somit über russische Routen abgewickelt wurde. Umso mehr bedarf es heute eines engen Austausches aller relevanten Akteure in Zentralasien und Europa und einer umfassenden Förderung von Forschung und Innovationen, um Blockaden abzubauen, neue Wege auszuprobieren und die Integration unserer Wirtschaftsräume voranzutreiben.

Klima und Umwelt: Natürliche Ressourcen schützen und die sozial-ökologische Transformation fördern

Laut dem 6. Sachstandsbericht des Intergovernmental Panel on Climate Change muss die Region Zentralasien mit einer der stärksten Erwärmungen weltweit und einer hohen Anzahl extrem heißer Tage und verstärkter Trockenheit als Folge des Klimawandels rechnen. Bereits für die vergangenen Jahre hat die Region einen stärkeren Temperaturanstieg erfahren, als der globale Durchschnitt. Für Kasachstan, Turkmenistan und Usbekistan droht eine stärkere Wüstenbildung auf großer Fläche, während Kirgisistan und Tadschikistan mit der rapiden Schmelze ihrer Gletscher rechnen müssen. Unweigerlich wird eine solche Entwicklung bestehende soziale und ökonomische Verwerfungen verschärfen und in Teilen der Bevölkerung wird möglicherweise die Ernährungssicherheit gefährdet. Mit Blick auf diese Herausforderungen begrüßen wir das Bestreben der Regierungen der fünf Staaten, die UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung umzusetzen. Bundeskanzler Olaf Scholz betonte während des Treffens im September 2023 in Berlin die hohe Relevanz des gemeinsamen Vorgehens in diesem Bereich und hat die Initiative zur Schaffung einer strategischen Partnerschaft mit weiteren externen Gebern verkündet, die sich vorrangig regionalen Umwelt- und Klimafragen sowie Fragen der nachhaltigen Wasser- und Landnutzung und der Gletschererhaltung in der Region widmen soll. Wir unterstützen diese Initiative und bauen auf eine stärkere Verknüpfung mit bereits bestehenden Programmen zum Aufbau von Resilienz, ganz im Sinne der EU-Zentralasienstrategie.

Die strategische Partnerschaft Deutschlands mit den fünf zentralasiatischen Staaten muss den Auswirkungen der Klimakrise auf die Wasserversorgung in der Region besondere Rechnung tragen. Die gesamte Region wird in den kommenden Jahren von einer akuten Wasserkrise betroffen sein. Bereits jetzt hat die Häufung der Trockenperioden in den vergangenen Jahren lokal für schwere Ernteausfälle und Viehsterben gesorgt, während die besondere Anfälligkeit grenzüberschreitender Wasserläufe Verteilungskonflikte anheizen kann. Die schnell voranschreitende Fertigstellung des Qosh-Tepa Kanals in Afghanistan droht darüber hinaus in naher Zukunft, dem Amu-Darja große Mengen an Wasser zu entziehen, der bislang die Hauptader für die Versorgung des Südens der Region mit Wasser bildet. Deutschland sollte mit seiner Expertise den Staaten in Zentralasien zur Seite zu stehen, um zeitnah Lösungen für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und für eine effizientere Wassernutzung zu entwickeln. Die GIZ und andere Akteure sind hier bestens positioniert, um diesen Wissensaustausch zu begleiten. Dabei muss der regionale Ansatz bei jeder Zusammenarbeit im Vordergrund stehen. Nur so können mögliche Konflikte friedlich beigelegt und Strategien für eine gemeinsame regionale Wasserverteilung erarbeitet werden.

Wasser ist in Zentralasien nicht nur entscheidend für die Ernährungssicherheit, sondern auch ein wichtiger Träger von Energie. Die beiden Hochgebirgsländer Kirgisistan und Tadschikistan produzieren einen Großteil ihres elektrischen Stroms mit Hilfe von Wasserkraftwerken. In der Vergangenheit führten Pläne für einen Ausbau dieser Kapazität zu Konflikten mit Kasachstan und Usbekistan, die im Sommer auf einen höheren Wasserabfluss für ihre Landwirtschaft angewiesen sind, während der Strom insbesondere im Winter benötigt wird. Dabei bieten sich landwirtschaftliche und ernährungspolitische Kooperationsprojekte an. Die neue Zusammenarbeit zwischen den Staaten der Region zum Bau der neuen Staudämme Roghun in Tadschikistan und Kamar-Ata in Kirgisistan trägt dazu bei, diese alte Eskalationsdynamik hinter sich zu lassen.

Gleichzeitig bedarf es weiterer Anstrengungen, in Fragen der Energiesicherheit in der Region enger zusammenzuarbeiten. Der Kollaps des Verbundsystems zur Stromversorgung im Januar 2022 in Usbekistan, Kasachstan und Kirgisistan und die häufigen Stromausfälle sowie das Versagen der Fernwärmenetze im folgenden Winter zeigen, dass die Energieversorgungssysteme in der Region dringend überholt werden müssen. Die wachsende Bevölkerung, die Notwendigkeit zur sozial-ökologischen Transformation, die Anpassung an die unabsehbaren Folgen des Klimawandels benötigen resiliente Systeme zur Energiegewinnung und -verteilung. Um das zu gewährleisten sind Innovationspartnerschaften notwendig, die die technologische Entwicklung forcieren. Die unter der Global-Gateway-Strategie aufgehängte und von Deutschland mitfinanzierte Team-Europe-Initiative für Wasser, Energie und Klima nimmt eine zentrale Rolle mit Blick auf die Schaffung eines integrierten regionalen Strommarkts ein. Darüber hinaus

müssen alle Anstrengungen unternommen werden, diese Initiative mit neuen Maßnahmen im Rahmen der Joint Roadmap sowie des von der EU finanzierten Projekts Nachhaltige Energiekonnektivität in Zentralasien zu verknüpfen, um Synergien zu schaffen.

Als Sozialdemokrat:innen unterstützen wir die nationalen und regionalen Bemühungen in Zentralasien, die stabile Energieversorgung in der Region sicherzustellen. Energie ist der Schlüssel für den Aufbau und die Wahrung von Wohlstand für alle. Dieser Prozess, der letztlich auch einen gewaltigen Modernisierungsschub mit sich bringt, kann und darf nicht ohne die Rücksichtnahme auf die sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen und die störanfälligen Ökosysteme in Zentralasien erfolgen.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit: Sich der zunehmenden Autokratisierung entgegenstellen und die Zivilgesellschaft stärken

Als Sozialdemokrat:innen stehen wir geschlossen hinter dem in der EU-Zentralasienstrategie formulierten Auftrag, Demokratie, Menschenrechte und den Rechtsstaat in der Region zu fördern, denn es erfüllt es uns mit großer Sorge, dass im Bereich der politischen Rechte erhebliche Defizite bestehen. Diese Punkte wollen wir im Gespräch mit den Ländern Zentralasiens offen benennen und Angebote unterbreiten, wie wir diese Staaten bei Verbesserungen in diesen Bereichen unterstützen können. Wir erwarten von den Regierungen in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan, dem Schutz der Menschenrechte, dem Aufbau und Schutz demokratischer und rechtsstaatlicher Strukturen hohe Priorität einzuräumen.

Umso größer ist die Bedeutung der Vereinbarungen beim Berliner Gipfeltreffen mit den zentralasiatischen Staatschefs im September 2023 in diesem Bereich: Die Teilnehmer bekannten sich in ihrer abschließenden Erklärung zur fortgesetzten Zusammenarbeit zur Stärkung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, verantwortungsvoller Regierungsführung, der Gleichberechtigung der Geschlechter sowie der universellen Menschenrechte und Grundfreiheiten, wie sie im Rahmen der Strategie der EU für Zentralasien von 2019 dargelegt wurde. Bundeskanzler Olaf Scholz bekräftigte Deutschlands Bereitschaft, die Reformen in Zentralasien durch den Aufbau von institutionellen Kapazitäten, den Austausch von Fachkräften und durch Projekte zu unterstützen. Die Staats- und Regierungschefs bestätigten ihr Interesse daran, die Zusammenarbeit bei der Förderung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, der Bekämpfung des Menschenhandels, der Zwangsarbeit und der Arbeitsausbeutung sowie bei der fortgesetzten Unterstützung der Zivilgesellschaft weiter auszubauen. Die zentralasiatischen Staats- und Regierungschefs wiesen auf die Bedeutung von Frauenrechten und unabhängigen Medien hin. Es wird darauf ankommen, die zentralasiatischen Staaten an diesem Bekenntnis zu messen und die vereinbarte Zusammenarbeit bilateral und durch die EU mit Leben zu füllen.

Die feministische Außen- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung, die eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und strukturell marginalisierter Gruppen am sozialen, politischen und wirtschaftlichen Leben fördert, ist auch in der Zusammenarbeit mit Zentralasien von großer Bedeutung. Frauen stärken heißt, Stabilität und Sicherheit zu stärken und eine nachhaltige Entwicklung zu ermöglichen. Deshalb streben wir eine feministische Außen- und Entwicklungspolitik im Rahmen der „3R“ (Förderung der Rechte, Ressourcen und Repräsentanz für Frauen und Mädchen) auf allen Handlungsebenen unserer Zusammenarbeit in Zentralasien an. Die vermeintliche Retraditionalisierung in Teilen der Gesellschaft, ob mit Verweis auf religiöse Dogmen oder auf patriarchalische Bräuche, beschneidet zunehmend die Möglichkeiten vieler Frauen, am politischen und sozialen Leben teilzunehmen. Häusliche und sexuelle Gewalt werden immer noch mit Rückgriff auf Kultur und Tradition legitimiert, während effektive Schutzmechanismen an einer ausufernden Korruption in den Sicherheitsorganen scheitern.

Als Sozialdemokrat:innen wollen wir jene Akteure unterstützen, die sich dem Kampf gegen sexuelle Diskriminierung widmen. Dazu zählen wir bewusst auch jene Organisationen, die sich für die Aufklärung von polizeilicher Willkür und für die Transparenz in Prozessen der juristischen Aufarbeitung einsetzen.

Diese Akteure finden sich in Zentralasien häufig in Reihen der Zivilgesellschaft, die nicht zuletzt aufgrund der jüngsten Gesetzesverschärfung in den einzelnen Ländern der Region zunehmend Schwierigkeiten hat, ihren vielen Anliegen Gehör zu verschaffen. Es muss die Aufgabe Deutschlands und der EU sein, die kritische Auseinandersetzung der Zivilgesellschaft mit den Veränderungsprozessen in Zentralasien zu fördern. Dies bedeutet vor allem Visaerleichterung und ein stärkeres Engagement im Bereich der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Zivilgesellschaftliche Initiativen müssen mehr Förderung erhalten, sowohl finanzieller Natur als auch durch politische Rückendeckung.

Wir bieten den Staaten unsere Unterstützung beim Aufbau einer demokratischen Polizei- und Justizstruktur an, da eine funktionsfähige, rechtsstaatliche und bürgernahe Polizei die Grundlage für jede wirkungsvolle und nachhaltige Kriminalpolitik ist. Das Vertrauen in die Polizei ist essenziell für die Entdeckung, Verhinderung und Bekämpfung von Kriminalität.

Wir fordern, Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft – Menschenrechtsanwält:innen und investigativen Journalist:innen, Umwelt-NGOs und feministischen Organisationen, Gewerkschaften und politischen Think Tanks – die Möglichkeit zu geben, sich regelmäßig auszutauschen und ihre Forderungen einer breiten Öffentlichkeit in Zentralasien aber auch in Europa bekannt zu machen. Das EU-Central Asia Civil Society Forum, welches im März 2023 in Taschkent zum vierten Mal stattfand, ist eine solche Plattform, die sich diesem Anspruch in Zukunft noch stärker widmen soll.

Wir setzen uns für polizeiliche Kooperationsabkommen ein, mit deren Hilfe wir die Bekämpfung der transnationalen organisierten Kriminalität, insbesondere der Drogenkriminalität, verbessern. Gerade in Transit- und Zielländern müssen neue Wege der Prävention, der Aufklärung sowie der Forschung und Evaluierung beschritten werden. Die Entwicklung eines umfassenden Ansatzes gegen Drogengewalt, -handel und -konsum ist Bestandteil unserer Kriminalpolitik.

Wir sind überzeugt, dass die Zusammenarbeit mit Zentralasien in Zukunft noch stärker auf die Jugend ausgerichtet sein muss. Mehr als 50 Prozent der Bevölkerung in der Region sind unter 30 Jahre alt. Dies ist eine enorme Herausforderung für die Bildungssysteme und die Arbeitsmärkte vor Ort, bietet zugleich aber auch die Chance, mit intelligenten Maßnahmen innovative Kräfte für die sozial-ökologische Modernisierung aufzubauen.

Deutschland engagiert sich bereits seit Jahren vor Ort mit seinen Mittlerorganisationen im Bildungs- und Kulturbereich. PASCH-Schulen bieten vertieften Deutschunterricht an, während die Goethe-Institute in Almaty und Taschkent und die Sprachlernzentren in Bischkek und Duschanbe jungen Menschen dabei helfen, die deutsche Sprache zu erlernen. Der DAAD organisiert Stipendien für junge Menschen aus Zentralasien für Studienaufenthalte an deutschen Universitäten. Leuchtturmprojekte wie die Deutsch-Kasachische Universität in Almaty oder die vielen Universitätspartnerschaften tragen zu einem regen akademischen Austausch bei. Es ist erstrebenswert, dass diese Maßnahmen weiter ausgebaut und mit den notwendigen finanziellen Mitteln ausgestattet werden. Kaum ein Bereich ermöglicht einen so umfassenden Austausch wie Bildung und Wissenschaft. Junge Akademiker:innen in Zentralasien brauchen mehr Unterstützung im Zugang zu Forschungsmitteln, gerade auch um unabhängige Forschung betreiben zu können, die auch uns in Deutschland und Europa dabei hilft, ein genaueres Verständnis von den Veränderungsprozessen in der Region zu bekommen. Flankiert werden muss diese Förderung mit regelmäßigen Treffen junger Menschen beider Regionen, mit Hilfe von Studienaustauschen und Schulpartnerschaften, um so eine neue Generation auszubilden, für die die jeweils andere Region keine Terra incognita ist.

Regionale und Globale Sicherheit: Bi- und multilaterale Ansätze stärken und insbesondere in die UN und OSZE investieren

Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nicht nur die intraregionale Zusammenarbeit in der Region befördert, sondern auch internationale Bündnisse und Verbünde herausgefordert, sich in der Region neu aufzustellen. Das 5+1 Treffen der zentralasiatischen Staatsoberhäupter mit Indiens Premierminister Modi im Januar 2022, mit China im Mai 2023 oder mit den Staaten des Golf-Kooperationsrats im Juli 2023

zeugen von dem Interesse internationaler Akteure, sich in Zentralasien zu engagieren und Präsenz zu zeigen. Chinas Investitionen sind im Rahmen der „Belt and Road Initiative“ dabei auch der Versuch, das eigene Hinterland zu integrieren und sicherheitspolitisch abzudecken. Die östliche Region Xinjiang, in der China massive Menschenrechtsverletzungen an den Uiguren begeht, soll von einem verstärkten Handel mit Zentralasien wirtschaftlich profitieren. Gleichzeitig baut Peking darauf, über die Zusammenarbeit im Rahmen der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit die Staaten der Region sicherheitspolitisch an sich zu binden und sie in den Kampf gegen die „drei Übel“ Terrorismus, Separatismus und Extremismus mit einzubeziehen. Hier geht es nicht zuletzt darum, separatistischen Strömungen im eigenen Land vorzubeugen und insbesondere auch die in den zentralasiatischen Ländern lebenden ethnischen Uiguren im Blick zu behalten.

Indiens Engagement ist noch relativ jung, aber dürfte neben den offensichtlich wirtschaftlichen Interessen auch von dem sicherheitspolitischen Kalkül motiviert sein, ein Gegengewicht zum engen Verhältnis China-Pakistan zu bilden und Kooperationen im Engagement mit Afghanistan aufzubauen. Dabei fällt dieses Vortasten Indiens zusammen mit einem neuen Engagement der von Iran, Pakistan und der Türkei gegründeten Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, welche ihr 16. Gipfeltreffen in Taschkent in Usbekistan im November 2023 abhielt. Im selben Monat kamen die Staatsoberhäupter der Mitgliedsstaaten der Organisation der Turkstaaten, der bis auf Tadschikistan auch die zentralasiatischen Staaten angehören, in Astana in Kasachstan zu ihrem zehnten Treffen zusammen.

Gegenwärtig nähert und schließt sich die Region verschiedenen Wirtschafts- und Sicherheitsbündnissen an, was der in der Region verankerten außenpolitischen Tradition der Multivektoralität durchaus entspricht. Dieser Veränderungsprozess muss auch verstanden werden als Absicherung gegen den hegemonialen Anspruch Russlands, mit seiner Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) Kontrolle über die drei Mitgliedsstaaten Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan ausüben zu wollen. Nicht zuletzt die Entsendung von Truppen der OVKS im Rahmen des Einsatzes zur Unterdrückung von Protesten in Kasachstan im Januar 2022 sollte als Botschaft gelesen werden, Moskau den Platz als dem Sicherheitsgarant der Region nicht streitig zu machen.

Die Versuche der regionalen Staatenlenker, Anschluss an Bündnisse jenseits des innerasiatischen Kernlandes zu suchen, müssen wir in Europa unterstützen und zugleich dafür sorgen, dass dieser Prozess auch in eine verstärkte Zusammenarbeit mit jenen Strukturen mündet, mit denen wir in engem Austausch stehen. Die Vereinten Nationen mit ihrem Regionalen Zentrum für Präventive Diplomatie für Zentralasien und dem Regionalbüro für Zentralasien des Hohen Kommissars für Menschenrechte sowie die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) mit ihren Missionen in allen fünf Teilnehmerstaaten, sind eine Ressource, die wir in ihren Mandaten unterstützen müssen, um zu einem nachhaltigen Frieden und einer umfassenden Sicherheit in Zentralasien beizutragen. Insbesondere die OSZE, mit ihrer gleichberechtigten Teilhabe aller Mitgliedsstaaten im Ständigen Rat bietet eine einmalige Dialog-Plattform, um Lösungsvorschläge für die bestehenden Sicherheitsprobleme in der Region und in ihrem Umfeld zu entwickeln. Nicht zuletzt ist die OSZE jene Organisation, die bereits seit 2003 Beziehungen mit Afghanistan als einem offiziellen Partnerstaat unterhalten hat und sich, in den Grenzen ihres Mandats, um eine Einflussnahme auf die Entwicklungen in dem Land bemühte.

Als Sozialdemokrat:innen ist es in unserem Interesse, diese Bestrebungen für eine multilaterale regionale Sicherheitsordnung zu fördern und sie mit den vielfältigen bilateralen und europäischen Initiativen zu verknüpfen. Darüber hinaus ist es unser Anliegen, die Resilienz in Politik und Gesellschaft zu stärken, um für die Herausforderung in der Zukunft, in der geopolitische Verwerfungen neue Allianzen fordern und die drohende Klimakatastrophe den Einsatz aller fordert, gewappnet zu sein.